

25. Newsletter vom 11.11.10

Guten Tag liebe Leserin und lieber Leser,

Sie erhalten nun den **neuen** Newsletter der BiP, der in unregelmäßiger Reihenfolge erscheint. Verbesserungsvorschläge sind herzlich willkommen – ebenso Informationen Ihrerseits.



Viel Spaß beim Lesen.

Siegbert Bruders

+++++

Entwurf Kooperationsvereinbarung – Jetzt müssen die Mitglieder reden

Die Grünen, Die Linken und die SPD haben ein Kooperationspapier veröffentlicht, über das die Mitglieder der Parteien am 21.11.10 (Linke), am 23.11.10 (Grüne) und am 28.11.10 in der SPD abstimmen werden.

Schon diese Abstimmung wird spannend: Denn von grüner und linker Politik finden sich in dem Papier eher Allgemeinplätze (Fahrradverkehr soll gestärkt werden, Aufbau gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft) jedoch kein klar umrissenes Vorhaben.

Wie stark zum Beispiel die Position der Grünen berücksichtigt wurde, auch von ihnen selbst, sei hier beispielhaft angeführt: Wiederholt wird in dem Papier von Agenda 20 gesprochen – richtig heißt es aber Agenda 21 und ist ein durchaus ehrgeiziges Ziel im ökologischen Bereich. Schon dieser mehrfach auftretende Fehler zeigt wie wenig die grüne Verhandlungsdelegation auf die Parteiinteressen geachtet hat. Denn kennen müsste sie ja die Agenda **21**.

Demgegenüber hat die in Verhandlungen erfahrene SPD zwei Projekte sehr konkret benannt: Grünstrandbebauung und Waterfront - beides Projekte die in Travemünde liegen. Und die SPD wird, wenn das Papier denn Mehrheiten in allen Parteien findet, hier auch die Unterstützung der Kooperationspartner einfordern, obwohl weder die Linken noch die Grünen diese beiden Vorhaben inhaltlich unterstützen.

Vorausgesetzt es gibt keine „geheimen“ Nebenabreden, welche **konkret** benannten Projekte haben denn die Grünen und Linken in dieses Papier geschrieben, die die SPD eigentlich nicht schlucken möchte? Denn nur daran lässt sich ja die Güte dieser Vereinbarung messen. Wir können sie nicht finden und wagen daher die Prognose, dass sich diese „Offenheit“ für die kleineren Partner rächen wird.

Wieso wurde es nicht umgekehrt gemacht? Wieso wurde nicht die Fraktion der SPD einer Belastungsprobe ausgesetzt, z.B. indem man sagt: Waterfront ok – aber nur in der und der Größenordnung?

Antwort: Weil dann die SPD sofort die Verhandlungen abgebrochen hätte – sagen die Grünen. Ok – und nun?? Nun braucht die SPD nur noch drohen und Grüne und Linke verzichten von alleine auf Konflikte.

Perspektive:

Und das wird die SPD auch machen – zunächst immer dann wenn Projekte aus dem Grünen oder dem Linken Lager kommen, die den „Investorenkurs“ der Betonfraktion berühren. Spätestens jedoch wenn es auf die Wahlen zugeht. Es sei denn Linke und Grüne kuschen, dann jedoch verlieren sie möglicherweise einen Teil ihrer Wählerschaft.

So wird dieses ausgehandelte Papier zu einem echten Dilemma. Folgen Sie nicht dem SPD- Kurs droht diese die Kooperation zu verlassen, folgen sie ihm verlieren sie Anhänger.

Hier ist keine Vereinbarung auf Augenhöhe erzielt worden, natürlich unter Berücksichtigung unterschiedlicher Wahlergebnisse, sondern hier wird die Grundlage gelegt, die kleineren Parteien

BI behutsame Priwallentwicklung e.V. (BiP)

am Nasenring durch die Arena zu ziehen, wann immer es sein soll. Auch der Kreisvorsitzende der SPD, dessen Moderationsgeschick von allen hoch geschätzt wird, kann diese Entwicklung nicht verhindern. Er folgt im Zweifel der Fraktion und diese ist – mit Verlaub- einfach nicht modern genug sondern hängt immer noch an den Ideen der Gerhard –Schröder -Basta Politik. Da kann noch soviel von Bürgerbeteiligung in dem Entwurf stehen, die SPD Fraktion wird sie nur dann berücksichtigen, wenn sie das gewünschte Ergebnis bringt – im Zweifel mit Drohung gegen die kleineren Partner.

Aber die Mitglieder der Parteien können diese Vorlage ja noch kräftig verändern, auch wenn die Verhandlungskommissionen versuchen werden dies als unmöglich darzustellen.

Warum nicht die Beweglichkeit und Kompromissbereitschaft der SPD prüfen? Wenn es der SPD wirklich wichtig ist in dieser Konstellation in der Bürgerschaft zu arbeiten, muss sie auch Korrekturen akzeptieren. Warum denn nicht die Baumasse von Waterfront auf die Hälfte begrenzen? Warum nicht Waterfront nach 2 Jahren konsequent beenden – und dann andere Konzepte zum Zuge kommen lassen.

Pikant wird es aber bereits am Montag, den 15.11.10: Da steht die Flächennutzungsplanänderung zu Waterfront auf der Tagesordnung des Bauausschusses.. Wie werden Grüne und Linke und SPD vor Beratung der Kooperationsvereinbarung abstimmen??

Wir begrüßen es sehr, wenn die Mitglieder der Parteien hier noch einmal deutlich nach korrigieren – und zwar in messbaren Ergebnissen. So wie die SPD ja auch das Abstimmungsverhalten in diesen Entwurf geschrieben hat. Forderungen gelten auch in die andere Richtung.

Dieser Teil (Waterfront) des Entwurfs der Kooperationsvereinbarung im Wortlaut:

Die Kooperationspartner sind sich trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Verträglichkeit und Nutzen des geplanten „Waterfront-Projektes“ auf dem Priwall bewusst, dass die Hansestadt Lübeck aufgrund von Bürgerschaftsentscheidungen früherer Jahre Vertragsbeziehungen eingegangen ist und Vertrauenstatbestände gegenüber dem Projektentwickler und Investor geschaffen hat. Sie werden deshalb trotz teilweise bestehender ablehnender Haltungen der Flächennutzungsplanung/ B-Planung zustimmen, wenn nachvertraglich die Investitionsfähigkeit nachgewiesen und binnen eines festzusetzenden Zeitraumes (innerhalb von 2 Jahren nach B-Planbeschluss) die Investitionstätigkeit begonnen wird. Anderenfalls wird eine deutliche Pönale fällig und ein Rückabwicklungsrecht der Hansestadt Lübeck eingeräumt. Die Ergebnisse, des unter TOP 4.14/Drucksache 509 von der Bürgerschaft am 1. Juli 2010 beschlossenen Prüfberichtes („Entwicklungskonzept für den Priwall der BIP auf Umsetzung prüfen“, werden berücksichtigt. Das Projekt bedarf des Einverständnisses des Gestaltungsbeirates. Es muss sichergestellt werden, dass der freie Zugang des öffentlichen Uferstreifens vollständig für Jedermann gewahrt bleibt.

Die BiP ist über diesen Entwurf der Vereinbarung enttäuscht und verärgert, da sie eindeutig die Handschrift der Betonfraktion der SPD Lübeck trägt und so wenig von den kleinen Partnern.

Wir wollen wissen: Wie wird die Investitionsfähigkeit nachgewiesen? Wer prüft (bitte nicht der Bausenator, der kann schlecht rechnen)? Was heißt mit „Investorentätigkeit begonnen“? Muss Herr Hollesen ein Schild aufgestellt haben oder reicht es wenn der Bausenator das behauptet? Wie hoch ist die Pönale (Welch schönes Wort)???

Ein Ergebnis ist aber schon jetzt klar. Der vorgelegte Kooperationsvertrag führt zum Stillstand weiterer Entwicklung auf dem Priwall, und wir begrüßen sicherlich bald eine weitere BI in Travemünde.

+++++

Wer kämpft kann verlieren – wer nicht kämpft hat schon verloren.

Resignation, Verärgerung, schwere Kritik an den Linken und den Grünen, noch deutlichere an der SPD - die Reaktionen auf die aktuelle Entwicklung sind eindeutig. Genauso wie das anschließende Gefühl: Jetzt erst recht – das lassen wir uns nicht bieten. Wir kämpfen weiter.

Und das ist auch ganz richtig so – denn die neue Lage ist nicht so schrecklich anders wie die Alte. Absehbar war, dass die Lübecker SPD und deren Fraktion sich für Waterfront entscheiden würden. Teile der Parteiführung stehen zwar deutlich dem BiP-Konzept näher – haben aber keine Mehrheit. Und die Fraktion hat munter an der Partei vorbei, schon einmal Fakten geschaffen. Der Schwanz wedelt den Hund.

Absehbar war auch, dass die „kleinen“ Parteien sich nicht ernsthaft gegen die SPD würden durchsetzen können - dafür haben sie zuwenig Erfahrung. Bereits vor der Wahl der Senatoren hätte man hier die Bruchlinien deutlich werden lassen sollen, damit alle Beteiligten wissen wie weit sie gehen können.

Was heißt das jetzt für den Priwall

Die FNP-Änderung ist bereits in vollem Gange, erwartungsgemäß werden die Einwendungen der Beteiligten nicht berücksichtigt (Das ist die Bürgerbeteiligung des bodenlosen Bausenators!!). Dieser muss vom Innenministerium in Kiel genehmigt werden. Dort hat Rechtsanwalt Dr. Klinger bereits im September schriftlich seine Bedenken gegen den Entwurf angemeldet und um genaue Prüfung gebeten.

Vermutlich arbeitet die Verwaltung auch bereits am Bebauungsplanentwurf, dieser muss öffentlich ausgelegt werden und hier wird auch der wesentliche Hebel der Rechtsauseinandersetzung liegen.

Wir sehen vor allem ein Problem: Das die Verwaltung versuchen könnte vollendete Tatsachen zu schaffen – bevor die Gerichte endgültig entschieden haben. Dies bedeutet Abriss am Passathafen und am Krankenhaus, Kündigung vom Zeltplatz Katt und möglicherweise das Fällen von Bäumen.

Nun wird es Zeit für die Priwalller, die sich bisher bedeckt gehalten haben, Farbe zu bekennen. Sich stark zu machen für den Erhalt des Priwalls. Und diesen Protest auch öffentlich zu zeigen. Sich zu beteiligen an den Aktionen der BiP – damit die Politik sieht, das die Bürger nicht gewillt sind, solch einen verheerenden Beschluss über sich ergehen zu lassen.

Unterstützen Sie jetzt **aktiv** die BiP.

... und für die BiP?

Wir werden nun zwei Bereiche vorrangig zu bearbeiten haben: Die Mobilisierung vor Ort und die rechtliche Auseinandersetzung. Und wir stehen mit der SPD, den Linken und den Grünen im Kontakt um während der Zeit der gerichtlichen Auseinandersetzung nicht mit vollendeten Tatsachen konfrontiert zu werden.

Mobilisierung: Die BiP bereitet bereits öffentlichkeitswirksame Aktionen vor. Weitere werden wir im Vereinszusammenhang besprechen.

Hierzu zählt auch die Aktion: Priwall – jetzt im Schlussverkauf! Diese Aktion dient der Einwerbung der ca. 10.000 € für die Rechtsauseinandersetzung. Bitte sehen Sie es uns nach, dass wir in diesem offenen Newsletter erst nach endgültigem Beschluss die genaue Aktion erläutern.

Natürlich setzen wir auch unsere Bürgerversammlungen fort und informieren wie gehabt auf unseren gut besuchten Waldpläuschen.

Rechtliche Auseinandersetzung: Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir diesen Weg beschreiten werden, wenn es sein muss. Und das muss es offensichtlich.

Unser Prognose: Erst wenn das erste Gerichtsurteil unsere Position bestätigt, wird es für die Verwaltung und die SPD wieder interessant mit der BiP zu sprechen. Vielleicht werden wir ja eines besseren belehrt.

Dennoch lassen wir natürlich zu keiner der drei Parteien den Gesprächsfaden abbrechen, wie im Übrigen auch nicht zu den anderen Parteien. Die politische Arbeit wird nach wie vor weitergehen, schließlich haben wir ja die besseren Argumente auf unserer Seite.

+++++
Altlasten

Am Passathafen sind in einer unorthodoxen Aktion die Schächte zum unterirdischen Bunker geöffnet worden. Dort stapelten sich die mit Poison gekennzeichneten Flaschen. Diese waren überwiegend leer und nun wird untersucht ob sie tatsächlich Gift enthalten haben.

Einen weiteren Erfolg hatte die Aktion: Am nächsten Tag ließ die Stadt die Deckel verschließen – nun ist diese Gefahrenquelle für Kinder beseitigt.

+++++
BiP am Eiswagen auf dem Priwall am Passathafen (bearbeitet aus Travemünde aktuell)

Travemünde 06.11.2010 | Das Montagsfrühstück der BiP hat zum ersten Mal an einem Samstag am Eiswagen vom Passathafen stattgefunden. Es gab Kaffee und Infos an der mobilen Pinwand der BiP. Die neuesten Presseberichte und Pläne zum Thema Priwall -Waterfront waren zu sehen. Neu zu sehen waren Ausdrücke der Computersimulationen von der Internet-Seite der Planet Holding AG.

Deutlich kann man erkennen, dass ein öffentlicher Weg um das Hotel herum am Wasser nicht mehr vorgesehen ist, was für reichlich Unmut unter den Anwesenden sorgte. Wie auf jeder Homepage findet sich auch dort eine Schaltfläche »Kontakt«. Der an einem Kontakt Interessierte erfährt, dass »Nur Direktkontakt mit potentiellen Investoren und Betreibern erwünscht!« ... sei.

Das Treffen findet bei gutem Wetter immer sonnabends, um 14.30 Uhr statt, nicht jedoch am 20.11.10 Kommen Sie vorbei, informieren sie sich.

+++++
Touristisches Entwicklungskonzept (TEK)

Auch das touristische Entwicklungskonzept der HL, dass von dem Marktführer dwif consulting für viel Geld erstellt wurde und soll zu Gunsten von Waterfront geändert werden. Die Fachleute des dwif hatten für den Priwall eine sanfte Entwicklung empfohlen.

+++++
BiP erneut im Ortsrat

Der Ortsrat Travemünde hatte die BiP zur Vorstellung ihres Entwicklungskonzeptes eingeladen. Gut 100 Menschen waren dabei und stellten, ebenso wie die Ortsratsmitglieder kritische Fragen. Fast alle konnte die BiP beantworten, lediglich bei dem qm Preis der Eigentumswohnungen wussten wir nicht sofort die Antwort.

Für die die zum Schluss nicht mehr dabei waren: Der liegt bei 3.000,-- € erstellter Wohnfläche und ist, so sieht es auch der Vorsitzende der CDU Travemünde, für Familien erschwinglich.

+++++
Waldplausch

Der nächste Waldplausch findet am Sonnabend, den **20. November um 16 Uhr** statt. Ort: Freiwillige Feuerwehr Priwall, Fliegerweg 3, von 16 – 17.30 Uhr. Wie immer mit Kaffee, Kuchen und Keksen, neuen Informationen und Diskussionen.